

Wosfische



Zeitung

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wosfische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweifach wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt (Tägliche "Unterhaltungsblätter", "Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag: Die illustrierte Beilage "Zeithilfer" und "Literarische Umschau" — Mittwoch: "Reise und Wanderung" — Donnerstag: "Recht und Leben"

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Lieferung wegen höherer Gewalt ohne Strick kein Anspruch auf Rückzahlung Anzeigenpreise; mit Zelle: 35 Pfennig, Familien Anzeigen mm Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, (Herausgeber) Georg Bernbard, Verantw. Redakteur: Hans d. Handenstein; Carl M. v. Berlin. Druck: Manuscripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs 1 (A 7) 3600—3605, die dem Fernverkehr Amt Dönhofs 3028—3030, Fernprogramm: Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheckkonto Berlin 699.

Der Kampf geht weiter

Die Volkspartei bleibt unachgiebig / Heute neue Verhandlungen Wird der Kanzler ein Vertrauensvotum fordern?

Die gestrigen Verhandlungen, die der Reichskanzler mit den Parteiführern geführt hat, um einen Ausweg aus der latenten Krise zu finden, haben nicht zu einem wesentlichen Ergebnis geführt. Man kann im Gegenteil sogar sagen, daß sich die Lage, die nach dem Rücktritt des Kanzlers am heutigen Sonntag in neuen Besprechungen endgültig geklärt werden soll, eine weitere Verschärfung erfahren hat. Die pessimistische Prognose, die sich in erster Linie auf eine Mitteilung der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die am Sonnabend nachmittags nach Abschluß der Plenarsitzung des Reichstages zusammengetreten war. Diese Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsparteifraktion der Deutschen Volkspartei hielt am Sonnabend nachmittags eine Besprechung ab, um den Bericht über die Verhandlungen der Parteiführer entgegenzunehmen. Lecher des Gegenstandes der Besprechung wird mitgeteilt, daß sich an der Haltung der Fraktion nichts geändert hat. Ihre Vertreter werden bei der Parteiführerbesprechung am Sonntag des bisherigen Standpunktes der Fraktion unerschütterlich verbleiben.

Da bei einer so absolut unachgiebigen Haltung der Volkspartei keine Lösung zu erwarten ist, so werden die heutigen neuen Verhandlungen, die um 4 Uhr nachmittags beginnen sollen, rechnen. Es sei nicht zu erwarten, daß der Kanzler nachgebe werden. Am Beginn der dritten Sitzung der Young-Kommission am Montag mit einer großen Reihe Einzelheiten, in der er nachmals ausschließlich die Reparations- und Finanzpolitik des Kabinetts betonen und unter anderem Hinweis auf das Finanzprogramm Dr. Brüninghauers ein Vertrauensvotum des Reichstages verlangen könnte. Der Kanzler könnte, so meint man bei der Volkspartei, das Zentrum auffordern, sich mit einem solchen Vertrauensvotum für das Finanzprogramm Dr. Brüninghauers zu begnügen. Man sieht man die einzige Möglichkeit, einen Konflikt vor der Abstimmung über den Young-Plan zu vermeiden. Sollte das Zentrum mit dieser Formulierung nicht einverstanden sein, so würde das wahrscheinlich den offenen Konflikt und die Gesamtmission des Kabinetts zur Folge haben.

Zu Verlauf der gestrigen Besprechungen, die unter Vorsitz des Kanzlers um 10 Uhr begannen und vier Stunden im Anspruch nahmen, fand eine Besprechung des vom Finanzminister vorgelegten Entwurfs im einzelnen statt.

Dabei konnte nicht ausbleiben, daß sich schon aus tatsächlichen Gründen die einzelnen fraktionsbegleiteten möglichst viele Vorbehalte liberieren. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei zum Beispiel wandten sich gegen die Vertreter, die das Hauptziel

der Vorlagen ist. Die Sozialdemokraten brachten ihre kritischen Anmerkungen zu den Beschlüssen des Kabinetts vor. Sie hatten den Eindruck, daß aus dem Standpunkt von 50 Millionen, die genommen werden sollten durch die Einheitszahlung nicht genügend Schutz, vermischt wurde. Es war bei allen Parteien die Meinung vertreten, daß eine solche Sonderbestimmung arbeitsloser Lohnempfänger — und darauf lief der Plan hinaus — unzulässig ist.

Zu diesen Auseinandersetzungen kam es, als die Frage der Arbeitslosenversicherung zur Debatte gestellt wurde. Dabei ergab sich das größte Scheitelpunkt, daß der Reichsanwaltschaft, der der Volkspartei angehört, alle seine Vereclamationen aufwende, um den Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, den Hrn. Schulz, und den zweiten Unterhändler, Dr. Jung, zu überzeugen, daß ihre Einwände nicht richtig seien. Deutsche Volkspartei kämpfte hier gegen Deutsche Volkspartei. Dr. Jung erklärte und heraus, daß seine Fraktion im Etat für 1930 keinen Kredit für die Arbeitslosenversicherung wissen wolle. Sie sei auf gegen eine Erhöhung der Beiträge über 3/4 p. S., die je auch nur bis zum 1. April bewilligt werden seien. Durch Einschränkung der Zahlungen könnte jedoch der Reichsanwaltschaft von hundert Millionen erzielt werden. Sehr scharf wandten sich die nationalparteilichen Unterhändler gegen die Zuweisung von 50 Millionen an den Industrieobligationen an die Reichsanwaltschaft für Arbeitslosenversicherung. Dagegen verlangten die Volksparteier weitergehende Bindungen des Kabinetts hinsichtlich der Steuererleichterungen im Jahre 1931.

Man gab sich gestern in der Konferenz den Anstoß, als ob man lediglich um Gaben kämpfte, um Eintrachtigkeiten. Es war aber deutlich erkennbar, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei eine gesunde Marktszene hatten, die sie aus der Regierungslösung hinausführen sollte. Fast alle Teilnehmer an der Besprechung hatten den Eindruck, daß die Volkspartei nach der Abschließung des Young-Planes an der Regierung anschießen würde, um in die bequeme Front der Opposition einzutreten. Unter diesem Eindruck wurde in der dritten Nachmittagsstunde die Konferenz abgebrochen.

Die Haltung der demokratischen Fraktion fand gestern ihren Niederschlag in einer bei den Interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien abgegebenen Erklärung, daß die demokratische Fraktion solange dem Young-Plan nicht zustimmen können, als eine andere große Regierungspartei — gemeint ist damit das Zentrum — offiziell anhängig, daß sie sich der Stimme enthalten werde.

Skandal um Coudenhove

Warschau, 8. März / Ullstein-Nachrichtendienst

Ein Paneuropäer-Bericht des Grafen Coudenhove-Ralegh, der heute in der Aula der Warschauer Universität stattfand, wurde durch rechtsfähige Studenten gestört, die den Anstoß zu einer nationalpolitischen Demonstration gaben. Ein glänzendes Publikum, zu dem der Reichsminister gehörte, andere bekannte polnische Politiker und Gelehrte, zahlreiche ausländische Diplomaten, darunter auch der deutsche Gesandtschaftsrat, begrüßte den Redner mit einer Sympathiebekundung.

Auch die Anrede des Redners, des früheren polnischen Botschafters in Wien, Schmidt, wurde ruhig angehört. Erst als Graf Coudenhove auf die Rednertribüne erschien, begann die nationalpolitische Demonstration mit Zwischenrufen wie "Substanz" und "Dienste des Generalstabes", so daß die Veranstaltung vollständig nicht fortgesetzt werden konnte, bis die Störenfriede aus der Aula hinausgeführt worden waren.

Der Vertreter der linksbündigen polnischen Studenten gab eine kurzen Erklärung nach dem Vortrag dem Redner seiner Anerkennung über diesen besagten Zwischenfall aus.

Thron auf schwankendem Grund

Madrid, 8. März / Ullstein-Nachrichtendienst

Sonday Guerra, als ehrlicher und aufrichtiger Mann überall geschätzt, hat durch seine große Rede die republikanische Sache wieder außerordentlich gestärkt. König Alfons, der noch vor sechs Jahren eine beispiellose Popularität genoss, hat am den Thron der Spanier sehr viel verloren. Es wird sich bald zeigen, ob das Verfallensverbot nur vorübergehend ist oder um Dauergrund erhoben werden soll. Er es ein Fall auf dem Wege oder soll es zu einer neuen, etwa verfallenen Diktatur führen? General Berenguer ist kein Diktator. Wird der König etwa einen General Alfons spielen lassen? Man glaubt es nicht. Aber, was kann er nicht in diesen hellen Tagen für Spanien des gegenwärtigen Spaniens?

Kaiser verhandelt in Paris

Paris, 8. März / Ullstein-Nachrichtendienst

Der belgische Ministerpräsident Jaspers ist heute nachmittags nach Paris gereist, wo er mit verschiedenen Vertretern der französischen Regierung über die Fortsetzung des Young-Planes verhandeln wird. Es wird schon am Montag früh wieder nach Brüssel zurückkehren, um rechtzeitig zu dem für Montag nachmittags angelegten Ministerrat zur Stelle zu sein.

Reizsamkeiten

Von
Georg Bernbard

Der Rücktritt des Reichspräsidenten Dr. Schacht von seinem Posten und die Mandatsübertragung des demokratischen Abgeordneten Professor Willy Hellpach sind zwei Vorgänge, die hier innerlich miteinander verknüpft zu tun haben. Und doch zeigen sie zu Betrachtungen über die persönliche Art, in der heutige an sich vorzüglich bewährte Gelehrte bei besonderen zum Ausdruck gebracht werden. Der große Politiker Karl Comrad hat die große Wirkung II. das Zeitalter der "Reizsamkeit" genannt. Krieg, Revolution und Inflation haben hier keinen Einschnitt gebracht, der veränderte Zustände schuf. Die Menschen, die in der jetzigen Zeit leben, sind noch zehn Jahre nach Beendigung des Krieges nicht wieder von dem seelischen Trauma genesen. Sie konnten noch immer nicht wieder in die Gleichgewichtsphase zurückfinden, die es gestattet, zu den Dingen eine richtige Distanz zu gewinnen und Verdienst und Schuld der eigenen Persönlichkeit abzuhängen. Willy Hellpach ist uns ein lieber Freund und Mitarbeiter gewesen und wird es hoffentlich bleiben. Nichts ist für seine reiche Begabung härter genügt worden als hier. Und es soll aus freundschaftlichen Empfindungen auch jetzt die Freude in den Vordergrund gestellt werden, daß er nicht, wie es manche andere aus Verzweiflung taten, der Partei, durch die er Minister, Staatspräsident und Reichspräsidentenamt geworden war, den Rücken fehrte. Er hat nur sein Abgeordnetenmandat und die Stellung als Mitwirkender der Partei niedergelegt. In der Begründung seines Vorgehens verweist er auf Vorschlag in der Santhabung des Parlamentarismus und des Parteizustandes. Im parlamentarischen Betrieb hat er ursprünglich ausgedrückt, daß die Disposition des Parlamentes, den nicht in Paris anwesenden Abgeordneten es nicht ermöglichen, ihren Beruf auszuüben. Was er da sagt, deckt sich zum Teil mit dem, was uns Veranlassung gegeben hat, die Nachahmung des englischen Parlamentarismus zu empfehlen. In London sind jeweils nur diejenigen Mitglieder des Unterhauses anwesend, die wirklich für die notwendigen Arbeiten gebraucht werden. Auch die größten Parlamentarier spielen sich nur in diesen Rahmen ab, was angesichts Hellpachs Lage über die geringe Befugnis des alten großen belgischen Reichstages soales bei der Erörterung wichtiger Kulturfragen betont werden muß. Wenn wichtige Abstimmungen bevorstehen, telegraphieren die Einzelgänger der Unterhausparteien die auswertigen Mitglieder zur Abstimmung heran. Aber, so muß man doch fragen: welche bei Nachahmung des englischen Beispiels Hellpachs Gehilfen erfüllt werden? Es ist zum erstenmal in seinem Parlament der Welt anders als im deutschen: nur diejenigen Abgeordneten, die sich an der Kleinarbeit regelmäßig (also auch mit Anpassung an die regelmäßige Unregelmäßigkeit, die durch die nicht voraussehbaren Bedürfnisse der Politik bedingt wird) betätigen, haben auf die Entscheidung der Parteien und des Hauses maßgebenden Einfluß. Man kann im Vertrauen nicht als großer Mann im Parlamenten, die haben halten und sich der Kleinarbeit entziehen. Das geht nicht im Reichspräsidentenamt. Das ging auch bei seiner ersten Kammer. Und bis zu einem gewissen Grade liegt besah in allen Ländern und in allen Systemen das politische Schwergewicht bei den Berufspolitikern oder mindestens dort bei denen, die in der Lage sind, neben ihrem Beruf sich auch im nötigen Maße der Politik zu widmen.

Hellpach fragt die Parteien und Fraktionen an, nicht genügend dem Gehort der Stunde Kadenz zu verlieren, eine Sammlung des Willens in einem großen Vorhaben durchzuführen. Hellpach hat in der langen Zeit seiner parteimäßig eingeleiteten politischen Tätigkeit, die ihm doch größere Ausbeute als manchem anderen erzielt, eigentlich genaugiam davon überzeugen können, wie schwer dieses Ziel zu erreichen ist, auch wenn man von seiner Stoenwendigkeit durchdrungen ist. Besah ist ihm so ihm je nicht gelang, sich anderen gelingen? Und weshalb nicht er verlor hat? Die Parteien waren in der langen Zeit seiner Arbeit, die heute durch viele Parteien geben, ist natürlich am besten nicht möglich, weil an manchen Stellen, wo die Führer zu einigen waren, die Massen seine Gefolgschaft